

SCHEITZA

vor Kriminalität

Nr. 3/2006

Mitgliederinformation

Berlin, Oktober 2006

Liebe Mitglieder,

der Zeitraum zwischen den Ausgaben unserer Mitgliederinformation bietet immer häufiger eine Fülle von alarmierenden Nachrichten aus dem Sicherheitsbereich, die der Erörterung und Bewertung harren. Dabei ist es für den kritischen Beobachter interessant festzustellen, wie sich Meinungen von Politikern unter dem Druck der Bedrohung in kurzen Zeiträumen ändern.

Der internationale Terrorismus ist nun auch bei uns angekommen: Nur der Zufall hat verhindert, dass auch in Deutschland Personenzüge in die Luft gesprengt wurden. In relativ kurzer Zeit gelang die Identifizierung der Täter – durch im Bahnbereich installierte Videokameras mit Langzeitaufzeichnung.

Gerade die Videoüberwachung im öffentlichen Raum und hierbei insbesondere die automatische Bildaufzeichnung waren im Deutschen Bundestag wie auch in etlichen Länderparlamenten äußerst umstritten, obwohl der größere Teil der Bevölkerung Zustimmung äußerte. Nun plötzlich ist die Zahl der Befürworter so einer Überwachung in Parlamenten und bei Regierungsvertretern deutlich gestiegen ...

Die dänischen Mohammed-Karikaturen sowie die Rede von Papst Benedikt XVI. in Regensburg haben weltweit zu maßlos überzogenen Gewaltreaktionen geführt und in deren Folge auch die Angstreaktion der Intendantin der Deutschen Oper Berlin, Kirsten Harms, gezeitigt, welche die geplanten Aufführungen der Mozartoper Idomeneo absetzte. Inwieweit die Intendantin dabei von der Politik alleingelassen wurde, soll hier unerörtert bleiben.

Ebenso reagierte die ARD, die ein Fernsehspiel zur Migrantenproblematik aus der besten Sendezeit verbannte, um keinen Anstoß zu erregen.

Zuvor hatte die Berliner Rechtsanwältin Seyran Ates ihre Praxis aufgeben, weil sie mehrfach von den Ehemännern ihrer Klientinnen massiv bedroht worden war. Ihre Bemerkungen wie etwa, viele Musliminnen lebten „in Deutschland wie in einem Gefängnis“, und ihr Spott über den „schwärmerischen Glauben mancher Deutscher an Multikulti“ haben ihr die zuverlässige Abneigung deutscher Linker wie türkischer Rechtsradikaler gleichermaßen eingetragen.

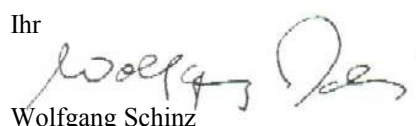
Diese bedrohliche Sicherheitslage scheint nun endlich zu Reaktionen der Politik zu führen. Nach dreißig Jahren erkennt man endlich, dass der Besuch einer deutschen Schule auch deutsche Sprachkenntnisse erfordert. Schließlich erreichen 40 Prozent der Migrantenkinder nicht einmal den Hauptschulabschluss. Mangelnde Bildung gefährdet in aller Regel die Integration und fördert die Hinwendung zu gewaltsamen Konfliktlösungen.

Unsere Ausschreibungen zur Förderung von Schulprojekten gegen Gewalt ergänzen in besonderem Maße die erst jetzt anlaufenden Programme der Schulbehörden zur Förderung der Integration.

Wir befinden uns also – ich behaupte: wie immer – auf der Höhe der Zeit!

In dieser Gewissheit grüße ich Sie herzlich,

Ihr



Wolfgang Schinz

Fachinformation

Ellen Relius, Dipl.-Sozialpädagogin, Jena

„STARKE KINDER SCHLAGEN NICHT“ – EIN GEWALTPRÄVENTIVES PROJEKT DES VEREINS „HAUEN IST DOOF“ AUS JENA

Eine Klasse überquert den „Ozean“ und hat dafür eine begrenzte Zahl von Hilfsmitteln. Dabei kommt es darauf an, dass alle zusammenarbeiten, sich absprechen, die eigenen Ideen einbringen und Rücksicht nehmen, um das Ziel zu erreichen. Dieses Spiel zeigt, wie im Projekt „Starke Kinder schlagen nicht“ vorzugsweise gespielt wird: Die Kinder und Jugendlichen lernen mit Spaß, zu kooperieren und Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen; sie entdecken, welche Verhaltensweisen dabei bisher im Weg standen.

Kooperative Spiele sind ein wichtiger Bestandteil der pädagogischen Arbeit des Vereins „HAUEN ist DOOF“, um das friedliche Miteinander von Kindern und Jugendlichen zu fördern. In den regelmäßigen Projektstunden in Grund- und Regelschulklassen geht es außerdem um Themen wie Stärkung des Selbstwertgefühls, Freundschaft, Umgang mit angenehmen und unangenehmen Gefühlen sowie Möglichkeiten der friedlichen Konfliktlösung.

Dabei kommt es immer darauf an, dass das Gelernte möglichst nah am Alltagserleben der Schüler ist. Spielerisches und erfahrungsorientiertes Lernen ist der Grundsatz des Vereins, weil bei den Kindern so die größte Wirkung erreicht werden kann.



Eine Schulklasse lernt beim sozialpädagogischen „Ozean-Spiel“, miteinander zu kooperieren und Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

Foto: HAUEN ist DOOF e.V., Jena

In jeder Projektstunde gibt es außerdem die Gelegenheit für die Schüler, ihre Konflikte „am Friedentisch“ in einer kindgemäßen Form der Mediation zu klären. Der „Friedentisch“ ist ein von der Klasse bunt gestaltetes Tuch, an dem die betroffenen Kinder das Problem aus ihrer jeweiligen Sicht schildern und Hintergründe und Gefühle benennen. Eine Mitarbeiterin unterstützt die Kinder in diesem Prozess und achtet darauf, dass alle zu Wort kommen.

Wenn alles ausgesprochen ist, suchen die Kinder nach Lösungen, mit denen alle einverstanden sind. Wie sich gezeigt hat, können die Lösungen, die von den Kindern selbst gefunden wurden, im Alltag von ihnen besser umgesetzt werden. Der „Friedentisch“ befindet sich auch außerhalb der Projektstunden in der Klasse und kann bei Bedarf von den Schülern allein oder gemeinsam mit der Lehrerin genutzt werden.

Mit der Erfahrung der Friedentischgespräche lernen die Kinder, zunehmend selbstständig Konflikte anzusprechen und konstruktiv zu klären, bevor Aggressionen zu Gewalt werden. „Bei ‚HAUEN ist DOOF‘ habe ich gelernt, dass man Konflikte auch mit Worten klären kann“, sagte Peter in einem Interview.

Damit noch möglichst viele Kinder diese Erfahrung machen können, ist der Verein immer wieder auf vielfältige Unterstützung angewiesen. Im ersten Halbjahr 2006 konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins mit 15 Schulklassen arbeiten - in Projekten, die zu 80 Prozent von der Deutschen Behindertenhilfe „Aktion Mensch“ und vom Thüringer Kultusministerium finanziert wurden; ein Eigenanteil von 20 Prozent muss jeweils vom Verein aufgebracht werden.

Impressum „Schutz vor Kriminalität“ – Mitgliederinformation der ISVK
Eigendruck im Selbstverlag – Redaktion: KD a.D. Winfried Roll
Initiative Schutz vor Kriminalität (ISVK) e.V., c/o Poststelle LKA St 5219 (4)
Otto-Braun-Straße 27, 10178 Berlin
Telefon/Telefax: 030 2473548 – E-Mail: post@isvk.de – Internet: www.isvk.de

Große Dankbarkeit empfinden deshalb die Vereinsmitglieder, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler gegenüber den Mitgliedern der ISVK, ohne deren engagierte Unterstützung die Aufbringung dieses Eigenanteils und auch viele weitere Projekte der letzten Jahre nicht möglich gewesen wären.

Das Projekt „Starke Kinder schlagen nicht“ wird vom IFK (Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung) an der Universität Potsdam evaluiert. Ziel der Evaluation ist, konkrete Hinweise zu konzeptionellen, personellen und organisatorischen Erfolgsfaktoren des Projektes aufzuzeigen, um den Praxistransfer weiter zu sichern.

Verein

MITGLIEDERINFORMATION DOCH NICHT IM ELEKTRONISCHEN VERSAND?

In der vorigen Ausgabe hatten wir angeboten, unsere Informationsschrift „Schutz vor Kriminalität“ künftig Mitgliedern, die sich damit einverstanden erklären, nicht mehr als gedruckte Ausgabe im Brief, sondern als elektronischen „Newsletter“ an ihre E-Mail-Adresse zuzustellen. Unser Angebot ist entgegen unserer Erwartung leider auf wenig Resonanz gestoßen. Bisher haben sich – abgesehen von den Vorstandsmitgliedern – nur sieben Mitglieder für diesen Zeit und Kosten sparenden Weg entschieden.

Wir bitten daher alle Mitglieder noch einmal um ihre Bereitschaft, die Geschäftsstelle nach Möglichkeit vom Zeitaufwand für die Herstellung einer großen Druckauflage sowie den Verein von entsprechenden Portokosten zu entlasten. Wer sich hierfür entscheidet, sendet bitte eine kurze E-Mail mit dem **Betreff „Newsletterbestellung“** an unsere E-Mail-Adresse **post@isvk.de**. Zur Sicherheit sollte die E-Mail im Text die jeweiligen **Mitgliedsdaten** (Name – bei mehreren Mitgliedern unter einer Zustellanschrift alle Namen – und Anschrift) nennen, da E-Mail-Adressen den zugehörigen Absender häufig nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

WERBEOFFENSIVE IN BRANDENBURG GESTARTET

Ein Teil der Werbeoffensive, die der Gesamtvorstand am 29. April 2006 auf seiner Sitzung in Wetzlar als Modellversuch für Brandenburg und Hessen beschlossen hat, ist im Land Brandenburg Ende September 2006 angelaufen. Manfred Lang, der brandenburgische Regionalbeauftragte, wandte sich mit insgesamt 165 persönlichen Schreiben an Unternehmen seiner Region, in denen er die Aufgaben und Ziele der ISVK kurz vorstellte und um Spenden oder Firmenmitgliedschaften zur Unterstützung unserer Arbeit warb. Ein abschließendes Ergebnis steht noch aus.

Unsere Geschäftsstelle in Berlin flankierte die Aktion mit je einem Brief an die Polizeipräsidenten in Potsdam und in Frankfurt (Oder), um eine Kenntnis der örtlichen Polizei bei etwaigen Nachfragen durch Empfänger der Werbeschreiben sicherzustellen. Die Information erschien rechtzeitig im Intranet der brandenburgischen Polizei, was – als Nebeneffekt – auch für eine Verbesserung der polizeiinternen Bekanntheit der ISVK sorgte.

„CORPORATE DESIGN“ DER ISVK MODERNISIERT



Der Geschäftsführende Vorstand hat das „corporate design“ der ISVK im Zusammenhang mit der vom Gesamtvorstand am 29. April 2006 in Wetzlar beschlossenen Werbeoffensive behutsam modernisiert. Der bisherige weiße Hintergrund des gelben, schwarz konturierten ISVK-Logos ließ unseren „Auftritt“ unter werblichen Aspekten eher etwas blass und unauffällig erscheinen. Die neu zu beschaffenden Werbemittel wie Kugelschreiber, Mitgliedsabzeichen oder Tischwimpel sowie der neue Flyer zeigen das vertraute Logo daher auf einem königsblauen Hintergrund. Mit der Lieferung aller neuen Werbemittel ist wegen einiger Verzögerungen bei der Entwurfsgestaltung und der Produktion entgegen unserer Planung nun leider erst im letzten Quartal 2006 zu rechnen.

Auch die übrigen Materialien der ISVK sollen nach und nach dem neuen „corporate design“ angepasst werden. Bei schriftlichen Medien wird zu überlegen sein, ob die altherwürdige Schrifttype „Times New Roman“, in der beispielsweise unsere Briefbögen und diese Mitgliederinformation gehalten sind, generell zugunsten einer moderneren Schrifttype ohne Serifen wie etwa „Arial“ aufgegeben werden sollte. Unsere Werbekugelschreiber sowie die neuen Mitgliedsabzeichen und Tischwimpel sind schon in „Arial“ beschriftet.

Prävention

Winfried Roll, Kriminaldirektor a.D.

RAUCHWARNMELDER RETTEN LEBEN – FÜR UNTER 15 EURO

Allein in Berlin sterben jedes Jahr fast ebenso viele Menschen bei Wohnungsbränden wie durch Verbrecherhand: 2005 fielen hier 44 Menschen einem Brand und 69 Menschen einem Mord oder Totschlag zum Opfer. Bundesweit sind alljährlich gut 800 Brandtote zu beklagen – nur kaum mehr werden vorsätzlich durch fremde Hand umgebracht. Wären alle unsere Wohnungen und Häuser mit Rauchwarnmeldern ausgestattet, wie es in sechs deutschen Bundesländern schon vorgeschrieben ist, ließe sich die Zahl der Brandtoten drastisch reduzieren.

Wer bei einem unbemerkten Wohnungsbrand ums Leben kommt, ist zumeist schon bewusstlos oder gar tot, ehe ihn die Flammen erreichen. Das bewirkt das tückische farb-, geschmack- und geruchlose Kohlenmonoxid (CO), das im Rauchgas jedes Brandrauchs in höchster Konzentration vorhanden ist. Schon das Einatmen einer einzigen Lungenfüllung Rauchgas kann tödlich sein.

Rauchwarnmelder erkennen diese Gefahr und schlagen Alarm, solange Betroffene noch nicht in tiefe Ohnmacht gefallen sind und also sich selbst und andere retten sowie die Feuerwehr alarmieren können. Daher haben Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland eine lebensrettende Rauchwarnmelderpflicht in ihre Landesbauordnungen aufgenommen.

Etwa textgleich mit der Hamburgischen Bauordnung (§ 45 Abs. 6) heißt es dort: „In Wohnungen müssen Schlafräume, Kinderzimmer und Flure, über die Rettungswege von Aufenthaltsräumen führen, jeweils mindestens einen Rauchwarnmelder haben. Die Rauchwarnmelder müssen so eingebaut und betrieben werden, dass Brandrauch frühzeitig erkannt und gemeldet wird.“ – In Bad und Küche sind Rauchwarnmelder übrigens fehl am Platze, weil der Wasserdampf und Fettwrasen hier schnell zu Falschalarmen oder zur Funktionslosigkeit führen würden.

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz ist die Rauchwarnmelderpflicht noch auf Neubauten beschränkt, die übrigen vier Bundesländer gehen sinnvollerweise einen Schritt weiter: Sie erstrecken die Regelung auch auf bestehende Wohnräume. In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gilt dafür eine Übergangsfrist bis Ende 2009, in Hamburg bis Ende 2010 und in Hessen sogar bis Ende 2014.



Der Rauchwarnmelder RM03 ist von der VdS Schadenverhütung anerkannt (G 202119); bei nur 33 mm Höhe und 106 mm Durchmesser überwacht er bis zu 40 m² und kostet unter 15 €.

Foto: ABUS

lerdings ist es – wie bei allen batteriebetriebenen Geräten – unerlässlich, den Ladezustand der Batterie regelmäßig zu überprüfen; Hersteller empfehlen hierfür sogar einen Vier-Wochen-Turnus.

Übrigens: Weihnachten steht vor der Tür. Vergessene brennende Kerzen werden leider auch dieses Jahr wieder zu Bränden und zu Toten führen. Wie wäre es denn, seinen Lieben einmal statt teuren Schnickschnacks preiswerte Sicherheit und Geborgenheit zu schenken?

Allein in Mecklenburg-Vorpommern sind auch Mieter („Besitzer“) zum Einbau der Rauchwarnmelder verpflichtet; in den übrigen fünf Bundesländern müssen die jeweiligen Wohnungs- oder Hauseigentümer für die Installation sorgen. Eigentümer von Mietshäusern können ihre Aufwendungen dafür jedoch nach § 559 BGB auf die Miete umlegen.

Dabei sind die Kosten für einen Rauchwarnmelder im Verhältnis zu seiner lebensrettenden Funktion geradezu lächerlich gering: Geprüfte, von der VdS Schadenverhütung GmbH- anerkannte Geräte sind für deutlich unter 15 € zu haben! Für drei, vier Rauchwarnmelder im Flur sowie in Schlaf- und Kinderzimmern müsste eine übliche Familie also nur rund 50 € aufwenden.

Die Montage ist denkbar einfach: Ein Rauchwarnmelder wird einfach möglichst in Raummitte an die Decke geschraubt und mit einer üblichen 9 V-Blockbatterie betrieben; Verkabelungen fallen nicht an. Al-

WOHNRAUMEINBRUCH: BEQUEMLICHKEIT KANN TEUER WERDEN

Wer beim Weggehen die Haus- oder Wohnungstür aus Bequemlichkeit nur hinter sich zuzieht, aber nicht abschließt, kann später eine teure Überraschung erleben: Für Einbrecher, die sich auf das so genannte „Falledrücken“ – den aus Fernsehkrimis bekannten „Scheckkartentrick“ – spezialisiert haben, ist so eine Tür nämlich praktisch offen. Die Vorbeugungsseite der Zeitschrift WEISSER RING stellt nun eine neue Technik vor, die der Bequemlichkeit entgegenkommt: HomeTec von ABUS verschließt und öffnet die Tür per Funkfernbedienung, wie man es beim Auto ja schon lange gewohnt ist. Allerdings ist auch diese Bequemlichkeit nicht gerade billig.

Der Einbruch in Wohnräume hat in Deutschland einen Tiefststand erreicht. Für 2005 wies die Polizeiliche Kriminalstatistik nur noch 109.736 Fälle aus, was 133 Fälle auf 100.000 Einwohner ausmachte. Eine so niedrige Häufigkeit wurde zuletzt 1973, also vor weit über dreißig Jahren, auf dem Gebiet der damaligen Bundesrepublik Deutschland festgestellt. Seinerzeit blieb allerdings erst rund ein Fünftel (20,3 Prozent) solcher Einbrüche im Versuch stecken, während 2005 schon deutlich mehr als ein Drittel (36,6 Prozent) misslang; das war die höchste jemals beim Wohnraumeinbruch registrierte Versuchsquote!

Natürlich sollte man die Einbruchsverhütung nun nicht ganz vernachlässigen; denn zur völligen „Entwarnung“ besteht trotz der positiven Entwicklung der letzten 15 Jahre wohl noch kein Grund: Wohnraumeinbrüche werden ja nicht ständig und bis auf Null zurückgehen, sondern nach einer gewissen Zeit auch wieder ansteigen. Andererseits gibt es aber auch keinen Anlass zu besonderer Sorge, wie sie die Kampagne „Nicht bei mir!“ seit Jahren unverändert schürt.

Diese gemeinsame Initiative von Polizei, Versicherungswirtschaft, Sicherungsindustrie und Bewachungsgewerbe stellt in ihrem Internetauftritt fest: „Eingebrochen wird in Deutschland sozusagen im Zweiminutentakt.“ Dabei verwendet die Kampagne die statistischen Zahlen von 2003 zum Einbruch in Wohnräume und in Keller- und Bodenräume, die zusammen seinerzeit auf 215.125 versuche und vollendete Fälle kamen. Für 2005 würde die Summe (183.197) dieser beiden qualitativ doch recht unterschiedlichen Delikte nur noch einen vielleicht nicht so werbewirksamen „Dreiminutentakt“ ergeben, bei der Beschränkung auf den eigentlich angesprochenen Wohnraumeinbruch (109.736) käme man gar nur auf einen „Fünfminutentakt“.

Wie auch immer: Jeder gelungene Wohnungseinbruch ist einer zu viel, zumal er das betroffene Opfer – wie kaum eine andere Straftat ohne körperliche Gewalt gegen die Person – ganz erheblich traumatisieren kann. Nach



Mit HomeTec lässt sich die Haus- oder Wohnungstür bequem per Funkfernsteuerung auf- und zuschließen.

Foto: ABUS

allen vorliegenden Erkenntnissen sind solche Einbrüche im Wesentlichen nur mit massivem mechanischem Widerstand zu vereiteln, also durch stabile Türen und Fenster mit soliden Mehrpunktverriegelungen, Bändersicherungen und unangreifbaren Schließvorrichtungen.

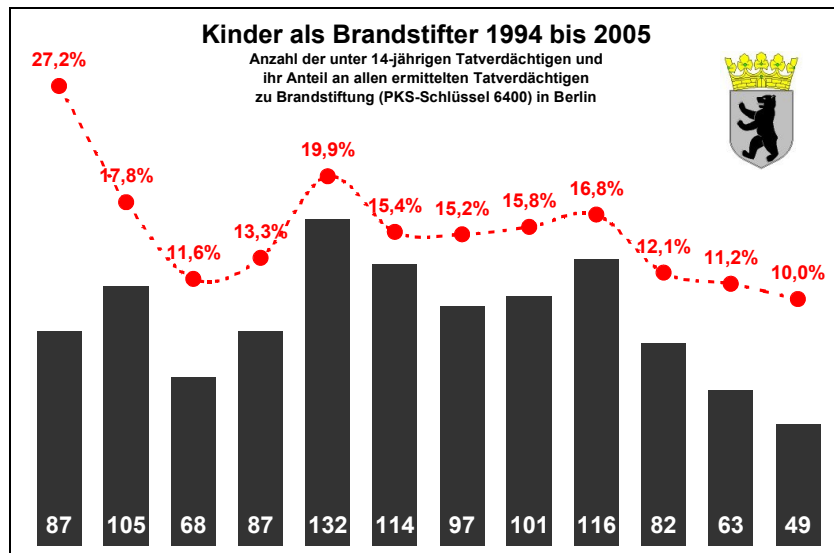
Das Abschließen der Haus- oder Wohnungstür ist das Mindeste dessen, was man zum Schutz seiner vier Wände tun sollte. Mit HomeTec von ABUS kann man das (wie natürlich auch das Aufschließen) ganz bequem per Funkfernsteuerung erledigen. Aber Bequemlichkeit kann teuer werden – so oder so: Der funkgesteuerte batteriebetriebene Motor, der innen auf den Schlüssel im Schließzylinder aufgesetzt wird, kostet wenigstens 120 €, jeder einzelne Handsender etwa 25 € und eine zusätzliche Funktastatur außen im Türbereich weitere rund 100 €.

Wer sicherheitshalber (Batteriebetrieb!) von außen mit seinem Schlüssel aufschließen können will, muss zumeist auch einen neuen Schließzylinder einbauen; denn nur Zylinder mit „Not- und Gefahrenfunktion“ lassen sich auch von außen schließen, wenn der Schlüssel innen steckt. Hierfür werden noch einmal mindestens 25 € fällig. Ein Dreipersonenhaushalt kommt so locker auf weit über 300 € – allein für seine Bequemlichkeit ...

Wir meinen: Wenn an der Tür schon alle Sicherungseinrichtungen vorhanden sind, ist das ein nettes „Sahnehäubchen“ – ansonsten würden wir das Geld wohl lieber für eine solide zusätzliche Türsicherung ausgeben.

BERLIN: BRANDSTIFTUNG DURCH KINDER AUF DEM TIEFSTAND – EIN PRÄVENTIONSERFOLG?

In den letzten drei Jahren sind die Zahlen und Tatverdächtigenanteile der unter 14-jährigen Brandstifter in Berlin deutlich zurückgegangen; 2005 traten nur noch 49 (10,0 Prozent) Tatverdächtige im Kindesalter mit Brandstiftungsdelikten in Erscheinung – die wenigsten Kinder und ihr geringster Tatverdächtigenanteil seit der Wiedervereinigung. Noch lässt sich nicht sagen, ob diese positive Entwicklung anhält und ob sie womöglich auch auf die hervorragende Vorbeugungs- und Aufklärungsarbeit der Berliner Feuerwehr bei den Allerjüngsten – nämlich in den Kindertagesstätten unserer Stadt – zurückzuführen ist.



Die Anzahl der zu vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung ermittelten Tatverdächtigen im Kindesalter und ihr Anteil an allen diesen Tatverdächtigen erreichte 2005 in Berlin einen Tiefststand – ein Präventionserfolg?
Quelle: Landeskriminalamt Berlin

Mit der Erziehung zum Brandschutz kann man gar nicht früh genug anfangen. Auch unsere Generation ist noch mit dem Spruch „Messer, Gabel, Schere, Licht – sind für kleine Kinder nicht“ aufgewachsen, obwohl zu unserer Kinderzeit das Licht eigentlich schon mit dem Schalter angeknipst und die Kerze als „Licht“ allenfalls bei Stromsperrungen angezündet wurde.

Ob dieser Vers über die Jahrzehnte wirklich dazu beigetragen hat, genügend Kinder vor dem leichtfertigen Umgang mit Feuer zu bewahren, kann man wohl weder belegen noch bestreiten – ein Schritt in die richtige, vorbeugende Richtung ist er jedenfalls.

Allerdings lässt die Polizeiliche Kriminalstatistik insgesamt eher eine gewisse Wirkungslosigkeit dieses Kinderreims vermuten; denn deutschlandweit war 2005 gut jeder sechste (16,9 Prozent) aller polizeilich ermittelten Brandstifter ein strafunmündiges Kind (2.208 von 13.057 insgesamt zu Brandstiftung festgestellten Tatverdächtigen).

Hier in Berlin hatten wir lange Zeit fast ebenso hohe Anteile an Brandstiftern im Kindesalter – noch 2002 machten die 116 zu vorsätzlicher oder fahrlässiger Brandstiftung festgestellten Kinder unter 14 Jahren 16,8 Prozent aller hierzu ermittelten Tatverdächtigen aus. In den letzten drei Jahren sind die Zahlen und Tatverdächtigenanteile der unter 14-jährigen Brandstifter in Berlin allerdings deutlich zurückgegangen; 2005 wurden nur noch 49 (10,0 Prozent) Tatverdächtige im Kindesalter zu Brandstiftungsdelikten ermittelt. So wenige Kinder und einen so geringen Tatverdächtigenanteil gab es seit der Wiedervereinigung noch nie!

Möglicherweise ist diese positive Entwicklung auch auf die beispielhafte Vorbeugungsarbeit der Berliner Feuerwehr schon in Kindertagesstätten zurückzuführen, was ein echter Präventionserfolg wäre. Dabei verwendet die Feuerwehr bekanntlich Koffer mit Anschauungs- und Unterrichtsmaterial, die unsere ISVK gesponsert hat. Auf jeder Feuerwache in Berlin steht mindestens ein „Schulclassenbetreuer“ mit so einem Kita-Koffer zur Verfügung, was Wege und wertvolle Zeit spart, die für noch mehr Vorbeugung und Aufklärung genutzt werden kann.

Wenn ein Kind „kokelt“ und dabei ums Leben kommt, stirbt es im Allgemeinen nicht, weil es keinen Ausweg hatte, als ihm das Feuer außer Kontrolle geriet – es stirbt, weil es keinen Ausweg wusste. In so einer Situation tun kleine Kinder nämlich meist genau das Verkehrte. Statt wegzulaufen, die Eltern zu alarmieren oder sonst Hilfe zu holen, bleiben sie vor Angst starr und stumm und verkriechen sich unter der Bettdecke, unter dem Bett oder im Schrank ...

Falls es auch nur ein einziges Kind wäre, das durch die Aufklärungsarbeit der Berliner Feuerwehr in Kindertagesstätten vor diesem fatalen Fehlverhalten bewahrt bliebe, wäre unsere Förderung für die Kita-Koffer das am besten angelegte Geld, das die ISVK jemals ausgereicht hat!